



Reglement über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren

vom 01.10.2023

Die in diesem Reglement verwendeten Funktionsbezeichnungen gelten in gleicher Weise für alle Geschlechter.

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Etziken, gestützt auf:

- § 56 Abs. 1 lit. a des Gemeindegesetzes vom 16. Februar 1992 (GG; BGS 131.1),
- § 118 des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978 (PBG; BGS 711.1),
- §§ 3 f. der Kantonalen Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren vom 03. Juli 1978 (GBV; BGS 711.41),
- § 121 des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall vom 04. März 2009 (GWBA; BGS 712.15),
- die Kantonale Bauverordnung vom 03. Juli 1978 (KBV; 711.61),

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen	4
Geltungsbereich.....	4
Anwendungsbereich.....	4
2. Verkehrsanlagen	4
Strassenkategorien.....	4
Beiträge.....	4
Ersatzabgaben für erforderliche Abstellplätze.....	4
3. Abwasserbeseitigungsanlagen	5
Finanzierung der Abwasserbeseitigung.....	5
Grundeigentümerbeiträge für Neuerschliessungen	5
Anschlussgebühren	5
Benützungsgebühren	6
Grund- und Verbrauchsgebühren.....	6
Industrie-, Gewerbe-, Dienstleistungsbetriebe	7
Fremdwasser	7
4. Wasserversorgungsanlagen	7
Finanzierung der Wasserversorgung.....	7
Grundeigentümerbeiträge für Neuerschliessungen	8
Anschlussgebühren	8
Benützungsgebühren	8
Grund- und Verbrauchsgebühren.....	9
5. Gebühren	9
Gebührenordnung.....	9
Gebührenpflichtige Personen	9
Fälligkeit	9
Einforderung, Verzugszins, Verjährung	10
Einsprache.....	10
Beschwerde	10
6. Schluss- und Übergangsbestimmungen.....	10
Übergangsbestimmung.....	10
Inkrafttreten	10
7. Genehmigungsindex.....	11

	1. Allgemeine Bestimmungen
Geltungsbe- reich	§ 1 Dieses Reglement ordnet den Vollzug gemäss der Kantonalen Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren vom 03. Juli 1978 (GBV; BGS 711.41).
Anwendungs- bereich	§ 2 Dieses Reglement findet Anwendung auf die öffentlichen Erschliessungsanlagen, welche dem Verkehr, der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung dienen. Es regelt insbesondere: - die Beitragsansätze für die Verkehrsanlagen; - die Höhe der Ersatzabgaben für Abstellplätze; - die Beitragsansätze für die Anlagen der Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung; - die Gebührenansätze für den Anschluss an die Anlagen der Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung; - die Gebührenansätze für die Benützung der Anlagen der Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung.
	2. Verkehrsanlagen
Strassenkatego- rien	§ 3 - Die bestehenden und projektierten Strassen des Erschliessungsplans werden in die Kategorien öffentliche Erschliessungsstrassen, öffentliche Sammelstrassen sowie öffentliche Fuss- und Radwege eingeteilt. - Die Einteilung der Strassen ergibt sich aus dem genehmigten Erschliessungsplan der Gemeinde.
Beiträge	§ 4 - Der Beitragsansatz beim Neubau einer Verkehrsanlage richtet sich nach der GBV und beträgt für Erschliessungsstrassen und Fusswege 100% der beitragspflichtigen Nettokosten. - Beim Ausbau und bei der Korrektur von bestehenden Strassen kann der Gemeinderat im Einzelfall den in Absatz 1 festgesetzten Ansatz ermässigen. Dabei hat er zu berücksichtigen, ob schon einmal Beiträge geleistet wurden.
Ersatzabgaben für erforderliche Abstellplätze	§ 5 - Die Ersatzabgabe für jeden erforderlichen Abstellplatz für Motorfahrzeuge wird pro nicht erstellten Abstellplatz erhoben. - Bei ausreichenden Platzverhältnissen entbindet die Ersatzabgabe nicht von der Erstellungspflicht gemäss KBV.

3. Abwasserbeseitigungsanlagen

§ 6

Finanzierung
der Abwasser-
beseitigung

Die Gemeinde finanziert die öffentliche Abwasserbeseitigung durch:

- a) Grundeigentümerbeiträge;
- b) einmalige Anschlussgebühren;
- c) wiederkehrende Benützungsgebühren (Grund- und Verbrauchsgebühren);
- d) allfällige Beiträge des Bundes und des Kantons gemäss besonderer Gesetzgebung.

§ 7

Grundeigentü-
merbeiträge für
Neuerschlies-
sungen

- 1 Die Grundeigentümerbeiträge für Neuerschliessungen richten sich nach der GBV.
- 2 Die Grundeigentümerbeiträge für Neuerschliessungen betragen für den Neubau von öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen 100% der beitragspflichtigen Nettokosten.

§ 8

Anschlussge-
bühren

- 1 Zur Deckung der Investitionskosten für die Erstellung und Anpassung von Anlagen der öffentlichen Siedlungsentwässerung ist von den Anschlusspflichtigen für jeden Anschluss eine Anschlussgebühr zu bezahlen. Diese umfasst zwingend einen Anteil für das Schmutzabwasser und einen Anteil für das in die öffentliche Kanalisation (Misch- und Regenwasserleitungen) eingeleitete Niederschlagsabwasser.
- 2 Die Anschlussgebühr für das Schmutzabwasser wird aufgrund der Belastungswerte (Loading Unit, LU) gemäss den Leitsätzen des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW) erhoben (vgl. Installationsanzeige im Anhang 2). Diese ist in Tarifstufen gegliedert.
- 3 Die Anschlussgebühr für das Niederschlagsabwasser berechnet sich aus der an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen, entwässerten Flächen. Als entwässerte Flächen gelten alle versiegelten Flächen (Dachflächen, (Vor-) Plätze, Wege, Strassen), von denen Niederschlagsabwasser in die öffentliche Kanalisation eingeleitet wird.
- 4 Bei einer entsprechenden Erhöhung der Belastungsgrenzwerte LU ist eine Zahlung gemäss der neu massgebenden Tarifstufe geschuldet.
- 5 Bei einer Verringerung der massgebenden Bemessungsgrösse LU oder bei Abbruch (ohne Wiederaufbau) werden keine Anschlussgebühren zurückerstattet.
- 6 Bei Umnutzungen, Um-, Aus- und Erweiterungsbauten richtet sich die zusätzlich geschuldete Anschlussgebühr nach der Erhöhung der entsprechenden Bemessungsgrösse, wobei die vor Inkrafttreten dieses Reglements bezahlten Anschlussgebühren angerechnet werden. Nicht nachgefordert werden im Wechsel der Bemessungsgrundlage bedingte Fehlbeträge.
- 7 Beim Abbruch und Neubau eines Gebäudes werden früher bezahlte Anschlussgebühren bis zur Höhe der nach diesem Reglement geschuldeten Gebühr angerechnet, sofern das abgebrochene Gebäude noch nicht älter als 50-jährig und noch bewohnbar war. Bei Abbruch eines bis dahin noch bewohnten Hauses infolge eines Elementarschadens oder Abbrennens wird die bezahlte Anschlussgebühr beim Neubau in jedem Fall angerechnet. Der Neubau muss innert fünf Jahren nach Abbruch bewilligt werden, ansonsten kann keine Verrechnung geltend gemacht werden. Wer die Anrechnung beansprucht, ist beweispflichtig.

- 8 Die Eigentümerschaft der anzuschliessenden oder angeschlossenen Bauten und Anlagen haben die massgebenden Bemessungsgrössen sowie deren Erhöhung bei der Einreichung des Baugesuchs anzugeben und ausserdem in jedem Fall der Gemeindeverwaltung unaufgefordert zu melden.
- 9 Für nicht der öffentlichen Abwasseranlage zugeführtes Meteorabwasser aus dem Liegenschaftsbereich, d.h. für die Versickerung von Meteorabwasser über bewilligte, private Versickerungsanlagen, für die bewilligte, private Einleitung in ein oberirdisches Gewässer oder andere bewilligten Retentionsmassnahmen, wird eine angemessene Reduktion der Anschlussgebühr gewährt. Die Höhe der Reduktion wird in Relation zur Verminderung der abflusswirksamen Fläche durch die örtliche Baubehörde im Rahmen des Versickerungsgesuchs, des Einleitgesuchs in ein oberirdisches Gewässer oder der Retentionsmassnahme festgelegt.

§ 9

Benützungsgebühren

- 1 Zur Deckung der Betriebs-, Kapitalkosten und der Spezialfinanzierung Werterhalt sind jährliche Benützungsgebühren für Schmutzabwasser- und Niederschlagsabwasser zu bezahlen. Die Schmutzabwassergebühr besteht aus einer Grundgebühr und einer Verbrauchsgebühr.
- 2 Über einen Zeitraum von 5 Jahren beträgt der Anteil der Einnahmen aus den Grundgebühren insgesamt rund 30 – 50 % und derjenige aus den Verbrauchsgebühren insgesamt rund 50 – 70 %.

§ 10

Grund- und Verbrauchsgebühren

- 1 Die Grundgebühr wird aufgrund der Belastungswerte (LU) gemäss den Leitsätzen W3 des SVGW erhoben (vgl. Installationsanzeige im Anhang 2). Diese ist in Tarifstufen gegliedert. Sie ist auch geschuldet, wenn kein Abwasser anfällt.
- 2 Für Niederschlagsabwasser, das in die öffentliche Kanalisation eingeleitet wird, ist zusätzlich eine Gebühr gemäss der entwässerten Fläche zu bezahlen. Als entwässerte Flächen gelten alle versiegelten Flächen (Dachflächen [Vor-]plätze, Wege, Strassen), von denen Niederschlagsabwasser in die öffentliche Kanalisation eingeleitet wird.
- 3 Für nicht der öffentlichen Abwasseranlage zugeführtes Meteorabwasser aus dem Liegenschaftsbereich, d.h. für die Versickerung von Meteorabwasser über bewilligte, private Versickerungsanlagen, für die bewilligte, private Einleitung in ein oberirdisches Gewässer oder andere bewilligten Retentionsmassnahmen, wird eine angemessene Reduktion der Grundgebühr gewährt. Die Höhe der Reduktion wird in Relation zur Verminderung der abflusswirksamen Fläche durch die örtliche Baubehörde im Rahmen des Versickerungsgesuchs, des Einleitgesuchs in ein oberirdisches Gewässer oder der Retentionsmassnahme festgelegt.
- 4 Die Verbrauchsgebühren werden aufgrund des Abwasseranfalls erhoben. Diese werden in der Regel dem Wasserverbrauch gleichgesetzt.
- 5 Wer das Wasser nicht oder nur teilweise aus der öffentlichen Wasserversorgung bezieht (Regenwasser-, Nutzungsanlagen und private Wasserversorgung) und in die Kanalisation einleitet, ist gebührenpflichtig und hat die messtechnischen Einrichtungen zur Erfassung der genutzten Wassermenge (Wasserbezug) auf eigene Kosten einbauen zu lassen.
- 6 Wird ein wesentlicher Teil des aus der öffentlichen Wasserversorgung bezogenen Wassers (>200 m³) nachweislich nie in die Kanalisation eingeleitet, kann auf der Verbrauchsgebühr ein angemessener Abzug gewährt werden. Der Nachweis ist mittels messtechnischer Einrichtungen zur Erfassung der genutzten Wassermenge (Wasserbezug) zu erbringen, der gemäss den Bestimmungen der öffentlichen Wasserversorgung auf eigene Kosten eingebaut wurde.

- ⁷ Wo Wasserzähler fehlen, wird der Wasserverbrauch basierend auf Erfahrungswerten bei vergleichbaren Verhältnissen durch die örtliche Baubehörde geschätzt.

§ 11

Industrie-, Ge-
werbe-, Dienst-
leistungsbe-
triebe

- ¹ Industrie-, Gewerbe-, Dienstleistungsbetriebe bezahlen die Anschlussgebühren nach § 8 sowie die jährlichen Gebühren nach §§ 9 f. Besteht bereits eine Regelung für das Schmutzabwasser zwischen Betrieb und ARA, werden die Gebühren für das Niederschlagsabwasser separat nach § 10 berechnet.
- ² Die Benützungsgebühren werden unter Vorbehalt von Abs. 3 und 4 aufgrund des Abwasseranfalls erhoben. Die Eigentümerschaft der anzuschliessenden oder angeschlossenen Bauten und Anlagen haben die dazu nötigen Messvorrichtungen auf ihre Kosten nach Weisung der örtlichen Baubehörde einbauen zu lassen und zu unterhalten.
- ³ Besteht bei einem Betrieb offensichtlich kein wesentlicher Unterschied zwischen dem Abwasseranfall und dem Wasserverbrauch, kann ihn die örtliche Baubehörde von der Pflicht zum Einbau von Messvorrichtungen für den Abwasseranfall befreien und die jährlichen Benützungsgebühren aufgrund des Wasserverbrauchs erheben.
- ⁴ Bei Einleiten mit erhöhter Schmutzfracht wird die jährliche Gebühr aufgrund des Produkts aus dem Abwasseranfall multipliziert mit dem gewichteten Verschmutzungsfaktor (gemäss VSA-/OKI-Empfehlung) erhoben.

§ 12

Fremdwasser

- ¹ Wird Fremdwasser in die Kanalisation eingeleitet, wird auf die Menge pro Kubikmeter eingeleitetem Wasser eine Gebühr erhoben.
- ² Der Grenzwert, ab welchem eine Gebühr auf Fremdwasser erhoben wird, liegt bei 500 m³ pro Jahr oder Einzelereignis.
- ³ Für laufende Brunnen oder andere Anlagen ähnlicher Art, welche nicht von der öffentlichen Wasserversorgung gespiesen werden und an die öffentliche Abwasseranlage (Schmutz- und Mischwasserleitung) angeschlossen sind, wird jährlich eine pauschale Gebühr erhoben.
- ⁴ Die Menge an Fremdwasser kann kontinuierlich oder mittels Stichproben gemessen und festgelegt werden.
- ⁵ Temporäre Einleitung von Grundwasser bei Baustellen werden nach denselben Grundsätzen und Gebühren verrechnet.

4. Wasserversorgungsanlagen

§ 13

Finanzierung
der Wasserver-
sorgung

Die Gemeinde finanziert die öffentliche Wasserversorgung durch:

- a) Grundeigentümerbeiträge;
- b) einmalige Anschlussgebühren;
- c) wiederkehrende Benützungsgebühren (Grund- und Verbrauchsgebühren);
- d) jährliche Abonnementsgebühr pro Wasserzähler;
- e) allfällige Beiträge des Bundes und des Kantons gemäss besonderer Gesetzgebung.

§ 14

Grundeigentümerbeiträge für Neuerschliessungen

- 1 Die Grundeigentümerbeiträge für Neuerschliessungen richten sich nach GBV.
- 2 Die Grundeigentümerbeiträge betragen für den Neubau von öffentlichen Wasserversorgungsanlagen 100% der beitragspflichtigen Nettokosten.

§ 15

Anschlussgebühren

- 1 Zur Deckung, der für die Wasserversorgungsanlagen getätigten Investitionen, ist für jeden Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage eine Anschlussgebühr zu bezahlen.
- 2 Die Anschlussgebühr wird aufgrund der Belastungswerte (Loading Unit, LU) gemäss den Leitsätzen des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW) erhoben (vgl. Installationsanzeige im Anhang 2). Diese ist in Tarifestufen gegliedert.
- 3 Für Sprinkler- und ähnliche Anlagen, bei denen die Belastungswerte (LU) nicht nach der Installationsanzeige im Anhang ermittelt werden können, werden Anschlussgebühren in Abhängigkeit zur Vorhalteleistung erhoben.
- 4 Bei einer entsprechenden Erhöhung der Belastungswerte (LU) ist eine Zahlung gemäss der neu massgebenden Tarifestufe geschuldet.
- 5 Bei einer Verringerung der massgebenden Bemessungsgrösse oder bei Abbruch (ohne Wiederaufbau) werden keine Anschlussgebühren zurückerstattet.
- 6 Bei Umnutzungen, Um-, Aus- und Erweiterungsbauten richtet sich die zusätzlich geschuldete Anschlussgebühr nach der Erhöhung der entsprechenden Bemessungsgrösse, wobei die vor Inkrafttreten dieses Reglements bezahlten Anschlussgebühren angerechnet werden. Nicht nachgefordert werden im Wechsel der Bemessungsgrundlage bedingte Fehlbeträge.
- 7 Beim Abbruch und Neubau eines Gebäudes werden früher bezahlte Anschlussgebühren bis zur Höhe der nach diesem Reglement geschuldeten Gebühr angerechnet, sofern das abgebrochene Gebäude noch nicht älter als 50-jährig und noch bewohnbar war. Bei Abbruch eines bis dahin noch bewohnten Hauses infolge eines Elementarschadens oder Abbrennens wird die bezahlte Anschlussgebühr beim Neubau in jedem Fall angerechnet. Der Neubau muss innert fünf Jahren nach Abbruch bewilligt werden, ansonsten kann keine Verrechnung geltend gemacht werden. Wer die Anrechnung beansprucht, ist beweispflichtig.
- 8 Die Eigentümerschaft der anzuschliessenden oder angeschlossenen Bauten und Anlagen hat die massgebenden Bemessungsgrössen sowie deren Erhöhung bei der Einreichung des Baugesuchs anzugeben und ausserdem in jedem Fall der Gemeindeverwaltung unaufgefordert zu melden.
- 9 Die Installationskosten für den Hausanschluss ab der Anschlussstelle, entsprechend dem Wasserreglement für Hoch- und Niederdruck, gehen vollumfänglich zu Lasten des Eigentümers.

§ 16

Benützungsgebühren

- 1 Zur Deckung der Betriebs-, Kapitalkosten und der Spezialfinanzierung Werterhalt sowie zur Deckung der übrigen Kosten sind jährliche Benützungsgebühren (Grund- und Verbrauchsgebühr) zu bezahlen.
- 2 Über einen Zeitraum von 5 Jahren beträgt der Anteil der Einnahmen aus den Grundgebühren insgesamt rund 30 – 50 % und derjenige aus den Verbrauchsgebühren insgesamt rund 50 – 70 %.

- § 17**
- Grund- und Verbrauchsgebühren
- ¹ Die Grundgebühr wird aufgrund der Belastungswerte (LU) gemäss den Leitsätzen W3 des SVGW erhoben (vgl. Installationsanzeige im Anhang 2). Diese ist in Tarifstufen gegliedert. Sie ist auch geschuldet, wenn kein Wasser aus der öffentlichen Wasserversorgung bezogen wird.
 - ² Für Sprinkler- und ähnliche Anlagen wird eine Grundgebühr aufgrund der maximalen Wasseranschlussleistung erhoben.
 - ³ Für nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossenen Gebäude sind jährliche Löschgebühren zu bezahlen, falls die Distanz von der Parzellengrenze zum nächsten Hydranten 400 m oder weniger beträgt. Die jährlichen Löschgebühren werden je Gebäude erhoben. Unabhängig von einem allfälligen Anschluss werden sämtliche Kleinobjekte mit weniger als 20 m² Grundfläche von der jährlichen Löschgebühr befreit. Mehrere auf einer Parzelle stehende, nicht zusammengebaute Kleinobjekte werden nicht zusammengezählt.
 - ⁴ Die Verbrauchsgebühren wird pro m³ bezogenes Wasser berechnet.
 - ⁵ Bauwasser wird pro Neubau gegen eine Pauschalgebühr abgegeben. Für statistische Zwecke kann das Wasser mit einer Wasseruhr gemessen werden.
 - ⁶ Der Wasserbezug ab einem Hydranten ist nur mit einer entsprechenden Bewilligung zulässig und es wird hierfür eine pauschale Gebühr (Grundgebühr) und eine Verbrauchsgebühr erhoben.

5. Gebühren

- § 18**
- Gebührenordnung
- ¹ Die Gebühren bzw. Gebührenrahmen werden in der Gebührenordnung gemäss Anhang festgelegt. Diese ist von der Gemeindeversammlung zu beschliessen.
 - ² Der Gemeinderat erhält die Kompetenz die Gebühren innerhalb des Gebührenrahmens gemäss der Gebührenordnung im Anhang erstmals festzulegen und allenfalls anzupassen, sofern dies zur Kostendeckung der Aufwendungen für die in diesem Reglement beschriebenen Anlagen und Leistungen erforderlich ist.

- § 19**
- Gebührenpflichtige Personen
- ¹ Zahlungspflichtig ist die Eigentümerschaft des angeschlossenen Gebäudes im Zeitpunkt des Anschlusses (§ 30 Abs. 3 GBV).
 - ² Bei Eigentümergemeinschaften, insbesondere bei Stockwerkeigentümergemeinschaften sowie bei Vorliegen eines gemeinsamen Wasserzählers oder Hausanschlusses, werden die Gebühren der Gemeinschaft einer von ihr zu bezeichnenden Vertretung oder Verwaltung in Rechnung gestellt, soweit eine solche besteht.
 - ³ Die weiteren Gebühren schuldet, wer die gebührenpflichtige Leistung der Gemeinde verursacht.

- § 20**
- Fälligkeit
- ¹ Die Anschluss- und Benützungsgebühren werden 30 Tage nach Zustellung der Rechnung fällig.
 - ² Die Rechnungsstellung der Anschlussgebühr erfolgt nach der Inanspruchnahme (Anschluss an die öffentliche Abwasser- oder Wasserversorgung) der Erschliessungsanlage.
 - ³ Die Zählerablesung und die darauf basierende Rechnungsstellung erfolgen in regelmässigen, von der örtlichen Wasserversorgung zu bestimmenden Zeitabständen. Die Ablesung erfolgt mittels Selbstdeklaration. Die Gemeinde behält sich vor die Ablesung stichprobenweise zu überprüfen.

- ⁴ Zwischen den Ablesungen des Wasserzählers können gestützt auf die Erfahrungswerte Akonto-Rechnungen für den geschätzten Wasserverbrauch gestellt werden. Die im Rahmen von Akonto-Rechnungen geleisteten Zahlungen werden bei der definitiven Rechnungstellung (Schlussrechnung) angerechnet.
- ⁵ Die örtliche Wasserversorgung kann in begründeten Fällen, insbesondere bei Zahlungsunfähigkeit der Gebührenpflichtigen, Wegzug usw., Vorauszahlungen verlangen oder für kürzere Abrechnungsperioden Rechnung stellen. Die daraus resultierenden Mehrkosten gehen zu Lasten des Verursachers.

§ 21

Einforderung,
Verzugszins,
Verjährung

- ¹ Wird die Gebührenrechnung nicht bezahlt, fordert die Gemeinde die Gebühren nach den Vorschriften des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG; BGS 124.11) ein.
- ² Nach der Fälligkeit wird die Gebührenforderung zum Verzugszinssatz für kantonale Steuern verzinzt. Dies gilt auch, wenn die Fälligkeit durch die Ergreifung eines Rechtsmittels hinausgeschoben wird.
- ³ Die Anschlussgebühren verjähren zehn, die Benützungsgebühren fünf Jahre nach Eintritt der Fälligkeit. Für die Unterbrechung der Verjährung sind die Vorschriften des Schweizerischen Obligationenrechts sinngemäss anwendbar. Die Verjährung wird ausserdem durch jede Einforderungshandlung (wie Rechnungstellung, Mahnung) unterbrochen.
- ⁴ Die Gemeinde kann für nicht bezahlte Beiträge und Gebühren innerhalb von vier Monaten nach Fälligkeit ein gesetzliches Grundpfandrecht eintragen lassen.
- ⁵ Die Eintragung des Pfandrechts muss spätestens vier Monate nach Fälligkeit der Forderung erfolgen.
- ⁶ Das Begehren um Eintragung ist an das Grundbuchamt zu richten.
- ⁷ Verweigert der Eigentümer seine Mitwirkung, so entscheidet der Amtsgerichtspräsident über die Eintragung.

§ 22

Einsprache

Gegen die Gebührenverfügung kann innert 10 Tagen beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden. Die Einsprache ist schriftlich einzureichen, hat einen Antrag zu enthalten und ist zu begründen.

§ 23

Beschwerde

Gegen den Einspracheentscheid des Gemeinderates kann innert 10 Tagen bei der Kantonalen Schätzungskommission und gegen deren Entscheid innert der gleichen Frist beim Kantonalen Verwaltungsgericht Beschwerde erhoben werden.

6. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 24

Übergangsbestimmung

Vor Inkrafttreten fällige einmalige Gebühren werden nach bisherigem Recht (Bemessungsgrössen und Gebührenansätze) erhoben. Im Übrigen gelten die Bestimmungen dieses Reglements uneingeschränkt.

§ 25

Inkrafttreten

- ¹ Dieses Reglement tritt nach Annahme durch die Gemeindeversammlung mit Genehmigung durch den Regierungsrat per 01.10.2023 in Kraft.
- ² Mit dem Inkrafttreten werden sämtliche widersprechenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere das Reglement über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren vom 14. Juni 2004.

Einwohnergemeinde Etziken

Gemeindepräsident

Gemeindeverwaltung

Robert Jakob

Caroline Jäggi

Genehmigt durch den Regierungsrat des Kantons Solothurn:

7. Genehmigungsinde

Beschluss GR	Beschluss GV	RR-	Inkrafttreten	Gegenstand
14.06.2023	26.06.2023	26.09.2023	01.10.2023	Totalrevision